

Zeitschrift: DrogenMagazin : Zeitschrift für Suchtfragen
Herausgeber: Verein DrogenMagazin
Band: 21 (1995)
Heft: 1

Rubrik: Reflexe

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. [Mehr erfahren](#)

Conditions d'utilisation

L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. [En savoir plus](#)

Terms of use

The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. [Find out more](#)

Download PDF: 25.01.2026

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, <https://www.e-periodica.ch>

REFLEXE

André Seidenberg, der leitende Arzt des Zürcher Heroinabgabeprogramms ZOKL 2, zieht nach den ersten 10 Monaten in einem Interview mit der DAZ eine positive Zwischenbilanz: Von den 100 süchtigen Frauen, mit denen ein Erstgespräch geführt worden war, wurden 75 aufgenommen, wobei 25 von ihnen wieder ausgetreten sind. Die andern 50 konnten sich an die hochstrukturierten Programme – die Frauen müssen u.a. dreimal täglich vorbeikommen, um ihr Heroin zu beziehen – anpassen, obschon es vielen von ihnen vorher nicht gelang, in Abgabeprogrammen zu verbleiben.

Der zusätzliche Konsum von andern illegalen Drogen (v.a. Kokain) halte sich in Grenzen: Rund die Hälfte der Teilnehmerinnen konsumiere ein- bis zweimal pro Woche illegal, was ihre Präsenz in der offenen Drogenszene nicht ganz aufhebe aber doch massiv einschränke. Einige der Teilnehmerinnen seien vom intravenösen Konsum auf das Rauchen von Heroin umgestiegen; wieder andere bezögen jetzt Methadon anstelle von Heroin, und eine kleine Gruppe habe sogar mit allem aufgehört. Seidenberg betont, dass es vermessen wäre, einen solchen Erfolg dem Abgabeprogramm zuzuschreiben; vielmehr sei es eine Tatsache, dass pro Jahr drei bis fünf Prozent aufhörten Opiate zu konsumieren – unabhängig davon, ob die Leute ins Gefängnis gesteckt oder zu einer Therapie gezwungen würden oder ob man ihnen den Stoff abgebe.

Todesfälle hat es laut André Seidenberg innerhalb des Programms nicht gegeben; andererseits seien drei Menschen gestorben, die sich um eine Aufnahme in den Versuch bemüht hatten und nicht aufgenommen werden konnten. Die Dosen würden wie bei jeder medizinischen Behandlung sehr genau bemessen, und die konsumierte Dosis reines Heroin sei in der Regel so hoch, dass eine Überdosis mit gestrecktem Gassenstoff gar nicht möglich wäre: Einerseits sei die Toleranzgrenze der Süchtigen sehr hoch, andererseits passt die adäquate Menge Gassenstoff nicht in eine Spritze. Zu den Kosten meint Seidenberg, dass die Versuche bei allem Aufwand immer noch deutlich tiefer lägen als bei einer Gefängnisstra-

fe, wobei das Gefängnis im Hinblick auf eine spätere Rehabilitation die denkbar schlechteste Möglichkeit sei. Angesichts der Aidsinfektionsrate in den Gefängnissen durch Spritzentausch könne von einer Achtel-Todesstrafe gesprochen werden.

DAZ, 12.12.94

REFLEXE

Nicht zuletzt aufgrund der positiven ersten Erfahrungen will die Betreiberin der Zürcher Opiatkonsumlokale 1 und 2 (ZOKL 1+2), die Arbeitsgemeinschaft für einen risikoarmen Umgang mit Drogen, kurz Arud, nun einen Schritt weitergehen und Erfahrungen mit der Verschreibung von Heroin durch HausärztInnen sammeln. Einerseits könnte dadurch die Forderung nach Dezentralisierung der Betreuung Drogenabhängiger erfüllt werden, andererseits benötigten Drogenabhängige eine ganzheitliche medizinische Betreuung, und die sei durch die HausärztInnen am besten gewährleistet. Ein entsprechendes Gesuch reichte die Arud bereits im November 1994 beim Bundesamt für Gesundheitswesen BAG ein. Vorgesehen ist die Betreuung unter Einschluss der Verschreibung von Betäubungsmitteln von maximal 25 Drogenabhängigen durch ihre HausärztInnen. Die beteiligten ÄrztInnen sollen zur Teilnahme an einer Indikationskonferenz verpflichtet werden, wo sie ihre Erfahrungen austauschen und Unterstützung bei Problemen erhalten.

Die Arud möchte ihr Projekt, welches im Rahmen der übrigen Versuche wissenschaftlich ausgewertet werden soll, im April starten. Eine Antwort des BAG steht noch aus.

BaZ, 21.1.95

REFLEXE

Das zweite Zürcher Opiatabgabeprojekt, das «Lifeline» des Sozialamtes, wird möglicherweise vors Volk kommen. Bisher war das Projekt, welches ebenfalls ermutigende erste Resultate zeigt, in das Gesamtpaket zur Drogenhilfe eingebettet, dem die Stimmberechtigten der Stadt Zürich 1990 zustimmten. Die geplante Aufstockung des Lifeline auf 150 Plätze erfordert eine Vorlage an den Gemeinderat, und diese untersteht dem fakultativen Referendum, das von der SVP ergriffen werden dürfte.

BaZ, 16.12.94

REFLEXE

Das Basler Opiatabgabeprojekt «Janus» überstand seine Volksabstimmung im Juni 1994 mit Bravour: Zwei Drittel der stimmberechtigten bewilligten den entsprechenden Kredit und hiessen den Versuch damit gut. Die Abgabestelle Janus wurde am 1. November in Betrieb genommen, und bis zum 21. Dezember wurden mit 81 Männern und Frauen Indikationsgespräche durchgeführt.

Kurz nach Beginn des durch ein Referendum um ein gutes halbes Jahr verzögerten Opiatabgabeprogramms machen die Basler Behörden – in drogenpolitischen Belangen wie meist an vorderster Front – einen weiteren Schritt nach vorn: In ihrem Brief vom 15. Dezember an das BAG fragen Sanitätsdirektorin Veronica Schaller und der Kantonsarzt um die Bewilligung nach, in der Basler Vollzugsanstalt «Schällemätteli» versuchsweise nicht nur Spritzen, sondern auch Opiate inklusive Heroin abzugeben. Die Abgabe soll einerseits im Rahmen eines Tauschhandels gegen, in der Regel gestrecktes, Gassenheroin erfolgen, welches trotz der Kontrollen in die Anstalt gelangte; andererseits soll es aber auch möglich sein, im Falle einer schweren Opiatabhängigkeit die Suchtmittel ärztlich verschreiben zu lassen.

Der Basler Vorstoss ist besonders pikant, weil sich der Gefängnisleiter Kurt Freiermuth im Vorfeld der Abstimmung zum Abgabeprojekt Janus im Referendumskomitee gegen die Opiatabgabe eingesetzt hatte und deswegen teilsweise heftiger Kritik ausgesetzt war. Vielleicht aufgrund dieser Kritik fiel Freiermuths Kommentar zum Vorstoss des Sanitätsdepartementes, der im übrigen durch die andern betroffenen Departemente abgesegnet worden war, ziemlich überraschend aus: «Wenn schon, dann gleich richtig. Man stellt ja auch nicht jemandem nur einen Suppenlöffel hin, aber keinen vollen Suppenteller.»

Einen ähnlichen Versuch will im übrigen die solothurnische Strafanstalt Oberschöngrün starten. In der Aussenstation «Bleichenberg» soll das Heroin laut Anstaltsdirektor Peter Fäh an maxi-

mal acht Insassen abgegeben werden, die mehr als 20 Jahre alt sind, seit über zwei Jahren illegale Drogen konsumieren und mindestens eine abgebrochene Therapie hinter sich haben.

TA, 21.12.94; BaZ, 31.12. 94; NZZ, 4.1.95

REFLEXE

Immer deutlichere Gestalt nimmt das Selbsthilfedorf für ausstiegswillige Drogenabhängige an, welches der Zürcher Pfarrer und Nationalrat Ernst Sieber an einem noch nicht bekannten Ort plant. Nach dem Nationalrat hat nun auch der Ständerat Siebers Motion gutgeheissen, in der er die Prüfung der Abgabe von bündeseigenem Land und finanzieller Unterstützung zugunsten seines Projektes fordert.

Im geplanten Dorf mit niederschwelligen Einrichtungen sollen rund 2000 Drogenkranke Aufnahme finden. Sieber rechnet mit Investitionskosten von rund acht Millionen und mit Betriebskosten von jährlich 4,5 Millionen Franken. Nach seinen Vorstellungen soll die öffentliche Hand rund 2,5 Millionen Franken beitragen. Basellandschaftliche Zeitung, 25.1.95

REFLEXE

Ein kleineres Projekt, welches die Reintegration Drogenkranker ohne eine gleichzeitige Abstinenzforderung anstrebt, betreiben sechs Gemeinden im Baselbieter Birseck südlich von Basel in Zusammenarbeit mit dem Hilfswerk der Evangelischen Kirchen der Schweiz (HEKS). Das «Wohnprojekt für Suchtkranke im Birs-eck» mietet kleinere Wohnungen an und vermittelt sie an Drogenabhängige weiter, die oft dem Kreislauf «Ohne Arbeit keine Wohnung – ohne Wohnung keine Arbeit» ausgesetzt sind. Die Miete wird durch die Fürsorgebehörden der jeweiligen Wohngemeinden bezahlt, und die Betreuung der meist in einem Methadonprogramm stehenden BewohnerInnen übernimmt das HEKS.

Obwohl das Projekt nach Angaben der BetreiberInnen mit 47 Franken pro Tag und Person kostengünstiger sei als jede Notschlafstelle, bietet der Kanton keine Unterstützung, da kein Abstinenzzwang besteht. HEKS hofft, in naher Zukunft noch mehr kleine

c o n v e r s

29

zutrifft. Diese Einrichtung sieht für ihre jugendliche Klientel, die in einem frühen Stadium der Drogenkarriere steht, ja explizit eine kürzere Therapiedauer vor. TA, 5.1.95, DrogenMagazin 3/94

REFLEXE

Nach einer langen und teilweise schmerzhaften Vorgeschichte wurde anfangs Dezember des letzten Jahres in Frankfurt Deutschlands erster «Gesundheitsraum» (offizielle Terminologie – sonst «Druckraum», «Fixerraum») eröffnet. Die Vorarbeit zum Frankfurter Gesundheitsraum wurde jedoch im Bundesland Hamburg geleistet: Ende 1993 bewilligte der Senat nach insgesamt 18 Demonstrationen von BürgerInnen gegen die offenen Szenen einen Kredit in der Höhe von 2,5 Millionen Mark, was zu einem durch Bundesgesundheitsminister Seehofer angestrebten Verfahren gegen die zuständige Hamburger Senatorin und den Trägerverein in spe «Freiraum» aber nicht zur Eröffnung eines Druckraumes, denn eine geeignete Liegenschaft konnte bis heute nicht gefunden werden. Als Ersatz diente ein Doppeldeckerbus (Ersteinsatz Februar 94), der

nach anfänglichen Standort-schwierigkeiten heute leidlich geduldet wird. Die Stadt Hamburg baute zusätzlich das ehemalige Gartenbauamt zu einem Gesundheitszentrum um (Eröffnung Mai 94), wobei der Betrieb erst nach 16 00 Uhr erlaubt und jedes Jahr eine «Sozialverträglichkeitsprüfung» angesagt ist. Das Verfahren des Herrn Seehofer ist mittlerweile eingestellt mit der Auflage, dass im Gesundheitszentrum nicht gedrückt werden darf, was aber hie und da trotzdem vorkommen soll.

Solche rechtlichen Probleme kennt der Frankfurter Druckraum nicht, denn er stützt sich auf ein Rechtsgutachten des Frankfurter Oberstaatsanwaltes Körner, der – ganz im Sinne der schweizerischen Gutachten – in der Einrichtung und dem Betrieb eines Gesundheitsraumes keinen Rechtsbruch sieht, «sofern der Erwerb, Handel und die Abgabe 'von illegalen Drogen' ... nicht geduldet wird...» Diese Einschätzung wird von den konservativen PolitikerInnen nicht geteilt – im Gegenteil: Die Empörung ist gross und die Angst vor einer Durchlöcherung des Betäubungsmittelgesetzes noch grösser.

In Frankfurt sind andere Probleme vordringlicher: Wegen des abgelegenen Standorts kam am Abend der Eröffnung lediglich ein einziger Fixer in den Gesundheitsraum, und am zweiten Tag waren es deren vier. Mittlerweile hat sich die Zahl der BesucherInnen auf durchschnittlich 20 pro Tag eingependelt.

Tageszeitung, 30.12.94, JuBaz 5/94

REFLEXE

Diesem drogenpolitischen Schritt in Richtung Liberalisierung des Drogenkonsums steht in Frankfurt ein Rückschritt im Bereich des Cannabiskonsums gegenüber: Hatte die BRD nach dem breit diskutierten «Haschbeschluss» des Bundesverfassungsgerichtes im Frühling 1994 (gemäss dem bei Besitz einer Kleinmenge Haschisch zum Eigengebrauch von einer Strafverfolgung abgesehen werden kann) noch von einer Quasi-Legalisierung des Cannabiskonsums ge(alp)träumt, ignoriert die Frankfurter Polizei diesen vermeintlich wegweisenden Beschluss einfach mit dem Hinweis, dass das Bundesverfassungsgericht nicht definiert habe, was eine

Kleinmenge sei. So werden Personen, die im Besitz von Cannabis sind, nach wie vor verhaftet und verzeigt, und das Cannabis wird sichergestellt. JuBaz 5/94

REFLEXE

In Sachen Marihuana orientieren sich die liberalen Geister im repressionsgeplagten Deutschland onehin gerne an den Niederlanden. Doch auch hier ist nicht mehr alles, wie es einmal war: Viele Dörfer und Städte empfinden ihre «coffee-shops» je länger desto mehr als Belastung – nicht zuletzt wegen der zahlreichen deutschen DrogentouristInnen. Ein findiger Coffeeshop-Besitzer in Rotterdam macht jetzt aus der Not eine Tugend und gründet den ersten Marihuana- und Haschisch-Postversand. Ben Dronkers: «Damit schlagen wir zwei Fliegen mit einer Klappe: Es kommen weniger Leute in die Coffeeshops, und die, die ausserhalb wohnen, müssen nicht mehr so weit fahren». Die Polizei Rotterdams hat bis jetzt lediglich angekündigt, scharf beobachten zu wollen, ob Dronkers sich an die Regeln der sogenannten «Duldungspolitik» hält.

Tageszeitung, 6.9.94

Drogentherapie CAMARCO

Unsere Zielsetzung:

Wir orientieren uns an die an uns gestellte Aufgabe:

- Reintegration von Drogensüchtigen in den normalen Ablauf unserer Gesellschaft
- Schaffung neuer Beziehungen im Sozial- wie auch Wirtschaftsbereich
- Ausgleich zwischen sozial diskriminierten Minderheiten
- Permanente Nachbetreuung
- Entlassung in ein geregeltes Umfeld

Ihr Interesse und auch ihr Besuch wird sehr geschätzt.

Casa Camarco
6823 Pugerna
Tel.: 091 / 23 80 32

Möglichkeiten und Grenzen der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung (FFE)

Fachtagung der Stiftung Contact Bern vom
9. Mai 1995, Hotel Kreuz, Bern



Stiftung Contact Bern
Jugend-, Eltern- und Drogenarbeit
in der Region

MORGENS:

Referate:

- Die Fürsorgerische Freiheitsentziehung in der Praxis aus der Sicht des Regierungsstatthalters
- Die Fürsorgerische Freiheitsentziehung in der Praxis aus der Sicht des Psychiaters

- Das Basler Modell der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung bei Suchtmittelabhängigen
- Die Bedeutung von Zwangsmassnahmen für die Rehabilitation von Drogenabhängigen

Referenten:

- Andreas Hubacher, Regierungsstatthalter II des Amtsbezirks Bern
- Dr. med. Jean-Pierre Pauchard, Direktor der Psychiatrischen Klinik Münsingen, Präsident Drogenkommission Thun, Mitglied der Begleitgruppe H (kontrollierte Heroinabgabe)
- Markus Würmli, Leiter der Fachstelle für Alkohol- und Drogenfragen (FSAD)
- Dr. med. Thomas Maier, Psychiatrische Klinik Wil (SG)

NACHMITTAGS:

Es finden vertiefende Seminare zu folgenden Themen statt:

- Verfahrensfragen
- Der Vollzug der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung in Institutionen
- Medizinisch/psychiatrische Aspekte der Fürsorgerischen Freiheitsentziehung

Den Abschluss der Tagung bildet eine «Arena», an der geladene TagungsteilnehmerInnen ihre an der Tagung gewonnen Einsichten unter Einbezug des Publikums zur Diskussion stellen.

Das detaillierte Programm mit Anmeldekarte ist zu beziehen bei der Stiftung Contact Bern, Postfach, 3000 Bern 23, Tel. 031 378 22 20 / 29.